

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

Frauenfeld, 20. Oktober 2009

836836

GRG NR.	08	IN 25	121
---------	----	-------	-----

Interpellation von Walter Hugentobler und Susanne Oberholzer vom 6. Mai 2009 „Massnahmen gegen den Lehrstellenmangel (Jugendarbeitslosigkeit I)“

Beantwortung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Interpellanten gehen davon aus, dass die Wirtschaftskrise zu einem Rückgang der Lehrstellen führen wird. Die reale Entwicklung des Lehrstellenangebots zeigt, dass dieser Einschätzung nicht zugestimmt werden kann. Sollte die Wirtschaftskrise andauern, werden sicher einige Betriebe aus wirtschaftlichen Gründen ihr Lehrstellenangebot reduzieren oder gar streichen. Dies dürfte, wenn überhaupt, jedoch nur einen geringen Einfluss auf das gesamte Angebot an verfügbaren Lehrstellen haben. Festzustellen ist indessen, dass es nach wie vor ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage gibt. Im kaufmännischen Bereich werden mehr Personen ausgebildet, als der Arbeitsmarkt verlangt, so dass hier überdurchschnittlich viele Ausgebildete Mühe haben, eine ihrer Ausbildung adäquate Arbeitsstelle zu finden. Demgegenüber herrscht in den handwerklich-technischen Berufen zunehmend Nachwuchsmangel. Auch im Pflegebereich wird befürchtet, dass sich zu wenig Personen ausbilden lassen.

Vor diesem Hintergrund können die Fragen der Interpellanten wie folgt beantwortet werden:

1. und 2. Die Anzahl der Lehrstellen in den Jahren 2000 und 2001 kann nicht mehr erhoben werden. In den folgenden Jahren entwickelte sich die Anzahl Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung wie folgt:

2002	61
2003	73
2004	77
2005	76
2006	74

2007	85
2008	95
2009	92
2010	102
2011	104

Die Lehrstellen verteilen sich auf 16 Berufe.

3. Die Thurgauer Kantonalbank (TKB) stellt jedes Jahr 21 neue Lernende ein. Zurzeit stehen 63 Lernende in einem Ausbildungsverhältnis mit der TKB.
4. Es gibt keine gesicherten Zahlen über den prozentualen Anteil der Unternehmen, die Lernende ausbilden. Es dürften etwa 20 Prozent sein.
5. Es gibt derzeit genügend Ausbildungsbetriebe, so dass es kein staatliches Ziel sein kann, die Quote von 20 Prozent um jeden Preis zu erhöhen.
6. Es ist nicht mit einem allgemeinen Lehrstellenmangel zu rechnen. Vielmehr klagen bereits einige Berufsverbände darüber, wie schwierig es sei, gut qualifizierten Berufsnachwuchs rekrutieren zu können. Gute Schülerinnen und Schüler werden demnach auch 2010 relativ problemlos den Einstieg in die Berufswelt schaffen. Schwierigkeiten sind bei zwei Personengruppen zu erwarten: Junge Frauen treffen die Berufswahl nach wie vor aus einem viel kleineren Spektrum als ihre männlichen Kollegen. Nach wie vor konzentrieren sie sich auf die kaufmännische Grundbildung, auf die Gesundheits- und die Schönheitsberufe, während bei den jungen Männern das Spektrum mit den Industrie- und Bauberufen erfahrungsgemäss viel breiter ist. Nachdem die Anzahl Lehrstellen bei den „typischen Frauenberufen“ in den letzten drei Jahren deutlich erhöht werden konnte, gilt es nun, Frauen für eine breitere Berufswahl zu motivieren. Nach wie vor sind Frauen in technischen Berufen unterdurchschnittlich vertreten. Schüler und Schülerinnen mit Defiziten hatten es bis anhin schwer auf dem Lehrstellenmarkt und werden es - auch bei deutlich sinkenden Schulabgängerzahlen - weiterhin schwer haben. Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen reissen sich nicht um Lernende, denen sie anstatt einer Berufsausbildung eine Grunderziehung mitgeben müssen. Eine Task-Force wird daran nichts ändern können. Eine Kontaktgruppe Bildung (Departement für Erziehung und Kultur, Amt für Wirtschaft und Arbeit, Industrie- und Handelskammer) beurteilt die Situation laufend.
7. Die Situation der Schulabgängerinnen und -abgänger bezüglich der Anschlussmöglichkeiten an die Volksschule wird gesamtheitlich beurteilt. Dabei wird jedes Jahr erhoben, wie viele Jugendliche keine Anschlusslösung finden bzw. gefunden haben. Gestützt darauf werden allfällige Massnahmen wie der Ausbau von Zwischenlösungen geprüft. Jugendliche, die sich bei der Arbeitslosenversicherung anmelden, werden wenn immer möglich dem Motivationssemester zugewiesen. Derzeit nehmen 73 Jugendliche daran teil (Stand 9. September 2009). Im Schuljahr 2008/09 konnten 80 der 100 Teilnehmenden an einen Ausbildungsplatz vermittelt werden.

8. Die von KMU-Betrieben geprägten gewerblichen Strukturen im Thurgau sind in der Regel weniger geeignet für Ausbildungsverbünde. Können Lehrbetriebe im Einzelfall nicht alle Ausbildungsinhalte vermitteln, werden seitens der Ausbildungsberatung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung Zusammenarbeitsmöglichkeiten vermittelt. Dies gehört zum Tagesgeschäft der Lehraufsicht und läuft ausserhalb von sogenannten Verbundfirmen. In Berufen mit wenig Ausbildungsplätzen wurden in den vergangenen Jahren einige Verbunde erfolgreich aufgebaut (Mediamatik, Informatik). Sowohl das Project Learning Center in Romanshorn wie auch die Informatikmittelschule der Kantonsschule Frauenfeld dürfen diesbezüglich als Musterbeispiele von Ausbildungsverbünden betrachtet werden.
9. Es gehört seit 2002 zur Praxis des Kantons, bei der Vergabe von Aufträgen Ausbildungsfirmen zu berücksichtigen. Es braucht dazu keine Vorgaben mit Quoten.

Der Präsident des Regierungsrates

Dr. Claudius Graf-Schelling

Der Staatsschreiber

Dr. Rainer Gonzenbach